

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
- Drucksache 6/4101 -**

Innovation, Wachstum und Beschäftigung durch eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

1. Satz 3 wird durch die folgenden Sätze 3 bis 5 ersetzt:

„Der Landtag stellt fest, dass durch die von der Bundesregierung beschlossene Digitale Agenda ein flächendeckender Breitbandausbau nicht sichergestellt ist. Die zur Verfügung gestellten Fördermittel des Bundes reichen nicht aus, um die Ausbauziele der Bundesregierung bis zum Jahr 2018 zu realisieren. Die notwendige Finanzierung des Breitbandausbaus ist damit immer noch nicht gesichert.“

2. Nach Ziffer 5 Buchstabe b wird folgender Buchstabe c angefügt:

„c) den Ländern, über die bisherigen Zusagen hinaus, zusätzliche Investitionsmittel für den Breitbandausbaubereitgestellt werden.“

3. Nach Ziffer 5 wird folgende Ziffer 6 angefügt:

„6. die vollständige Kofinanzierung der Bundesmittel für den Breitbandausbau durch das Land sicherzustellen, um die Kommunen bei dieser Zukunftsaufgabe zu entlasten. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert zu prüfen, wie ein ergänzendes Landesprogramm umgesetzt werden kann.“

Begründung:

Der Antrag lässt die entscheidende Frage nach wie vor unbeantwortet: Wie soll der Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern finanziert werden und welchen Anteil ist das Land bereit zu übernehmen? Damit ist die Finanzierung immer noch nicht geklärt. Die Erlöse der Digitalen Dividende II reichen, wie es vorauszusehen war, bei weitem nicht aus, um die Wirtschaftlichkeitslücke beim Ausbau des schnellen Internets im Land zu schließen. Diese wird laut einem Gutachten des TÜV Rheinland auf bis zu 2,2 Milliarden Euro beziffert. Gleichzeitig haben wir eine Situation in der die Finanzausstattung vieler Gemeinden tief in den roten Zahlen steckt. Darum muss sich das Land zum einen für eine höhere Förderung gegenüber der Bundesregierung einsetzen. Zum anderen muss die Landesregierung aber auch endlich eigene Landesmittel bereitstellen und zwar mindestens in der Höhe, die notwendig ist, um die Bundesmittel vollständig zu kofinanzieren. Der Ausbau des schnellen Internets darf nicht an der schlechten Haushaltslage unserer Gemeinden scheitern. Darüber hinaus wäre eine ergänzende Förderung aus einem eigenen Landesprogramm, das sich an den Vorgaben des Bundes orientiert, notwendig, um den Breitbandausbau so schnell wie möglich umzusetzen. Damit könnten die Projektgebiete erschlossen werden, die im Rahmen der Bundesförderung keine Berücksichtigung finden.